

AKTUELL

CASH GEGEN MIGRATIONSKONTROLLE

Dreckige Deals

Thorsten Fuchshuber

Die Deals mit Drittstaaten zur Flüchtlingsabwehr zeigen Wirkung, legt eine neue Statistik der EU-Grenzschutzagentur Frontex nahe – und verschweigt, wie erpressbar man sich dadurch macht.

Frontex hat in der vorigen Woche jene Art Vollzugsmeldung geliefert, wie man sie sich wohl in den meisten Mitgliedsstaaten der EU von deren Grenzschutzagentur erwünscht. Auf der Zentralen Mittelmeerroute sei in den vergangenen Monaten ein deutlicher Rückgang von Flüchtlingen zu verzeichnen gewesen, die über diese Strecke nach Europa gelangen. „Von Januar bis Juli sank die Zahl der Überfahrten auf dieser Route um 64 Prozent auf 32.200“, so die Mitteilung. Auch den Grund für den Abwärtstrend blieb die Agentur nicht schuldig: „Der diesjährige Rückgang ist vor allem auf die Präventivmaßnahmen der tunesischen und libyschen Behörden zur Unterbindung der Aktivitäten von Schleusern zurückzuführen.“

Die Message ist klar: Das Geld, das die EU in Deals mit den betreffenden Ländern gesteckt hat, sei gut investiert. Zwar hat die EU anders als mit Tunesien, das rund eine Milliarde Euro erhält, mit Libyen kein offizielles „Cash gegen Migrationskontrolle“-Abkommen geschlossen. Als „Küstenwache“ deklarierte libysche Banden werden aber schon seit 2017 über Budgets wie den „European Union Emergency Trust Fund for Africa“ (EUTF for Africa) finanziell sowie mit bereitgestellten Booten und Ausrüstung unterstützt („Bündnis mit den Banden“ in woxx 1685); das Personal wird von Frontex geschult.

95 Prozent aller auf der zentralen Mittelmeerroute gemeldeten Migrant*innen kommen aus diesen beiden Ländern, wie die Grenzschützer wissen lassen. Alle EU-Außengrenzen zusammengenommen, verzeichnete man in den ersten sieben Monaten des Jahres 2024 einen Rückgang der „irregulären Grenzübertritte“ um 36 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Solche „Erfolgsmeldungen“ wird man auch in Tunesien sowie Ägypten und Mauretanien, die ähnliche Abkommen mit der EU abgeschlossen haben, gerne hören. Tunesiens Premierminister Ahmed Hachani forderte während einer Konferenz des „Trans-Mediterranean Migrationsforums“ (TMMF) Mitte Juli in der libyschen Hauptstadt Tripolis weitere Gelder von der EU, um Fluchtbewegungen und Migration aus den subsaharischen Ländern erfolgreich einzudämmen. „Die geleistete Hilfe reicht nicht aus, um das Problem zu lösen.“

Im Beisein seiner italienischen Amtskollegin Giorgia Meloni lieferte

Libyens Premierminister Abdelhamid Dbeibah die rhetorische Beteuerung, man könne „die Migrationskrise nur an der Wurzel, in den Herkunftsländern, lösen“. Hierbei ist die EU-Migrationspolitik weniger engagiert. In der vor drei Monaten verabschiedeten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) werden stattdessen Abschreckungs- und Abschottungsmaßnahmen, eine Stärkung von Frontex sowie weitere Abkommen nach dem tunesischen Vorbild favorisiert („Politik folgt Praxis“ in woxx 1782).

Beispiel Belarus

Zu welchem nicht nur monetären Preis derlei Deals kommen, bleibt unerwähnt. Tunesien etwa wird eine rassistische Behandlung subsaharischer Flüchtlinge vorgeworfen, von Menschenrechtsgruppen werden regelmäßig willkürliche Verhaftungen und Internierungen dokumentiert. Vor einem Jahr hatten tunesische Behörden mehrere hundert Flüchtlinge ohne Wasser und Nahrungsmittel in der Wüste an der tunesisch-libyschen Grenze ausgesetzt. In Libyen werden Flüchtlinge in großem Stil von kriminellen Banden ausgebeutet, misshandelt und ermordet, wie eine im vergangenen Monat von den Vereinten Nationen veröffentlichte Studie über die Gefahren auf der Zentralen Mittelmeerroute erneut belegt („Beute der Banden“ in woxx 1795). Die Täter seien „staatliche und nichtstaatliche Akteure, die oft in Zusammenarbeit handeln“, so Volker Türk, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte.

Es liegt auf der Hand, wie erpressbar sich die Europäische Union durch die Zusammenarbeit mit solchen „Akteuren“ macht, die die migrationspolitische Dreckarbeit für sie übernehmen. Darüber gibt die Frontex-Statistik allerdings nur indirekt Auskunft. Über die „östliche Landgrenze“, damit ist die Grenze von Belarus mit Litauen und Polen gemeint, sei zwischen Januar und Juli 2024 ein Zuwachs „irregulärer Grenzübertritte“ von 195 Prozent verzeichnet worden.

In einem Interview mit einem russischen Medium versicherte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko am vergangenen Montag, dass sich an diesem Trend angesichts der von der EU verhängten Sanktionen gegen sein Land nichts ändern wird: „Ihr habt mir eine Schlinge in Form von Sanktionen um den Hals gelegt und verlangt, dass ich die Europäische Union vor dem Zustrom dieser Migranten schütze“, sagt er und stellte klar: „So wird es nicht sein.“ Seit Jahren wirft die EU Lukaschenko vor, Flüchtlinge für „hybride Angriffe“ zu nützen („Arsenal des Zynismus“ in woxx 1659).

SHORT NEWS

Anstieg der Arbeitssuchenden

(mc) – Die Adem meldete für Juli 17.901 ansässige Arbeitssuchende. Die Zahl stieg im Vergleich zum Vorjahr um 11,1 Prozent, während die der nicht ansässigen Arbeitssuchenden um 6,2 Prozent zunahm und auf 2.964 stieg. Die vom Statec berechnete saisonbereinigte Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 5,8 Prozent, 0,5 Prozent mehr als 2023. Die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger*innen ist im Jahresvergleich von 9.290 auf 11.190 Personen gestiegen. Besonders stark betroffen sind höher qualifizierte Arbeitssuchende (mit Hochschulabschluss) sowie Personen im Alter von 30 bis 44 Jahren. Die Zahlen der Arbeitssuchenden in den Bereichen Bauwesen, Installation und Wartung, Transport und Logistik, Industrie, Buchhaltung, IT und Bankenwesen verzeichneten dabei den stärksten Anstieg. Arbeitsminister Georges Mischo (CSV) hatte in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von Georges Engel und Claude Haagen (LSAP) Ende Juli differenzierte Zahlen zu Arbeitssuchenden mit höherem Bildungsabschluss genannt. Demnach waren zum 31. Mai 1.397 Personen mit einem Abschluss Bac+2 bis Bac+4 oder mehr seit mehr als 12 Monaten bei der Adem als arbeitssuchend gemeldet. Am stärksten betroffen sind die Studiengänge Wirtschaftswissenschaften mit 30,3 Prozent, gefolgt von den angewandten Wissenschaften mit 15,4 Prozent und Sozial- und Erziehungswissenschaften mit 10,4 Prozent. Insgesamt suchten 5.179 Menschen mit einem Hochschulabschluss eine passende Arbeitsstelle.

Keine Fabel von Fuchs und Rabe

(ja) – Es seien keine Statistiken bekannt, die belegten, dass Füchse, Krähen oder Raben dafür verantwortlich seien, dass vermehrt Freilandhühner getötet würden. Das bekräftigte Umweltminister Serge Wilmes (CSV) in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der DP-Abgeordneten Luc Emering und André Bauler. Diese wurden bei ihrer Fragestellung nicht von einer bekannten Fabel inspiriert, sondern von Gerüchten, die Wilmes nicht bestätigen konnte: Angeblich soll eine „Überpopulation“ von Füchsen und Krähen dafür verantwortlich sein, dass mehr Hühner getötet würden. Das ließe sich jedoch nicht belegen, so der Minister, denn dafür existierten keine Zahlen. Im Gegenteil belegten die neuesten Zahlen der „Centrale Ornithologique“, dass die meisten Krähenarten eine stabile oder sinkende Population hätten. Einzig die Zahl der seltenen Kolkraben steige – was daran liege, dass diese Art jahrzehntelang als ausgestorben gegolten habe und erst seit einigen Jahren wieder in Luxemburg heimisch sei. Emering und Bauler wollten ebenfalls Informationen zu den Entschädigungen für Landwirt*innen einholen. Aktuell seien zwei unterschiedliche Tarifstrukturen im Einsatz, wodurch bei Schäden von geschützten Tierarten niedrigere Kompensationen ausgezahlt würden als bei Schäden von jagdbarem Wild. Dies sei auf unterschiedliche Zuständigkeiten und Berechnungsmethoden zurückzuführen, so Wilmes, der dafür sorgen will, dass solche Schäden wieder auf die gleiche Art und Weise bewertet werden.

Abfall: ULC fordert Transparenz um Preiserhöhung

(mes) – Der Luxemburger Konsument*innenschutz (ULC) äußerte in einem Presseschreiben vom 20. August scharfe Kritik am interkommunalen Abfallsyndikat (Sidec). Der Grund: Ohne Kund*innen im Voraus darüber zu informieren, erhöhte das Sidec seine Preise für die Müllentsorgung um bis zu 60 Prozent – dies rückwirkend zum 1. Juli. Somit steigt etwa der Tarif für die Entsorgung der 60 Liter großen grauen Mülltonne von 86 auf 137,60 Euro. Betroffen sind rund 140.000 Bürger*innen aus 45 Gemeinden. Als Erklärung gab das Sidec die Inflation und die steigenden Energiepreise an. Die Energiekosten für die Vorbehandlung der Restabfälle etwa seien von jährlichen 300.000 Euro auf 1,3 Millionen Euro gestiegen. Auch die Verwaltungskosten zeigten einen starken Anstieg von 1,91 Millionen Euro im Jahr 2017 auf 3,67 Millionen Euro im Jahr 2021 auf. Nach eigenen Angaben habe das Sidec zudem für 2023 ein Defizit in Höhe von 4 Millionen Euro zu verzeichnen. Diese Zahlen lassen sich, laut ULC, jedoch nicht überprüfen, da der letzte Jahresbericht 2021 veröffentlicht wurde. Die ULC merkt ebenfalls an, dass seit 2020 die wöchentlichen Dienste des Syndikats auf eine Abfuhr alle zwei Wochen angepasst worden seien. Deshalb müsse eine unabhängige Instanz die Zahlen und Tarifierhöhung des Sidec überprüfen. Sollte eine Erhöhung gerechtfertigt sein, fordert die ULC eine stufenweise Anpassung der Tarife statt der „sofortigen und vollen Belastung“. Diese bezeichnete der ULC-Präsident Nico Hoffmann als „reinen Wucher“. „Das hat mit einer nachvollziehbaren und transparenten Tarifierhöhung nichts zu tun.“ Die Preiserhöhung des Sidec ist die erste seit 2015. Der Jahresbericht für 2022 müsse noch vom Ministerium abgeschlossen werden, bevor er veröffentlicht werden kann.